

Bolivien: Revolution in Demokratie

Dank seiner Fähigkeit, sich als Alternative zur herkömmlichen Politik darzustellen und aus den Fehlern seines Gegners, Jorge Quiroga, Nutzen zu ziehen, konnte Evo Morales bei den Wahlen vom 18. Dezember 2005 einen überwältigenden Triumph erzielen. Zu diesem Ergebnis trugen auch der Aufstieg ähnlicher Führungsfiguren in anderen Ländern der Region und seine Zugehörigkeit zur Antiglobalisierungsbewegung bei, die seinen Wahlsieg als eigenen Erfolg feierte. Morales' Regierung steht trotzdem vor vielen Herausforderungen, was sie zu einem ständigen Dialog mit den Regionen, den politischen Parteien und dem Parlament zwingen wird.

Carlos Toranzo Roca

Evo Morales und sein Wahlsieg

Die Wahlen vom 18. Dezember 2005 spielten sich praktisch ohne die etablierten Parteien auf der politischen Bühne ab. Die Szenerie wurde von der von Jorge «Tuto» Quiroga geführten Gruppierung *Poder Democrático y Social* (Podemos)¹ beherrscht. Weit davon entfernt, den Wandel Lateinamerikas zur linken Mitte zu begreifen, bestand sein Programm auf den überholten Rezepten:

Carlos Toranzo Roca: Bolivianischer Wissenschaftler. Ehemaliger Dozent für Wirtschaft und Politikwissenschaft an der *Universidad Nacional Autónoma de México* (UNAM). Derzeit Gastprofessor in Oxford und Projektleiter bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bolivien.

1. Es handelt sich um ein Bündnis aus NRO von geringer politischer Homogenität.

Strukturanpassung und assistenzialistische Sozialpolitik. Schlimmer noch: Die auf eine politische Erneuerung gerichteten Erwartungen ignorierte *Podemos* völlig und kandidierte mit altbekannten Namen und Gesichtern. Dies überraschte, hatte Quiroga doch während seiner kurzen Präsidentschaft zwischen 2001 und 2002 viele alte Politiker seiner Partei *Acción Democrática Nacionalista* (ADN) übergangen und mit Unabhängigen regiert. Obwohl er seine alte Partei aufgegeben hatte, um *Podemos* zu gründen, holte er vor den Wahlen des Jahres 2005 wieder Altpolitiker auf die politische Bühne zurück, die von der Gesellschaft als Symbole für Vetternwirtschaft und Korruption abgelehnt wurden. Auf seiner Kandidatenliste standen ehemalige Parteiführer der ADN und einige ausrangierte Figuren der *Movimiento de Izquierda Revolucionaria* (MIR), darunter der ehemalige Präsident Jaime Paz Zamora. Generell wurde er mehr aus Furcht vor Evo Morales gewählt als wegen seines eigenen Wahlprogramms.

Zu einem Zeitpunkt, an dem neue, fortschrittliche Ideen und ein Wahlprogramm gefragt waren, das nicht in den Liberalismus des 19. Jahrhunderts zurückfällt, blieb Quirogas Offer- te politisch und wirtschaftlich konservativ. Mit diesen Fehlentscheidungen und dem Beharren auf der Vergangenheit - das Wahlprogramm von *Podemos* spiegelte eher die Ideen

***Mit diesen
Fehlentscheidungen
und dem Beharren
auf der Vergangenheit
schaufelte Quiroga
sich sein eigenes
Grab***

der überholten ADN wider als die Politik seiner eigenen kurzen Präsidentschaft - schaufelte Quiroga sich sein eigenes Grab. Durch unlautere Wahlkampfmethoden, mit denen er versuchte, seinen Rivalen auszustechen, wurde die Grube nur noch tiefer. Denn so wurde Morales zum Opfer und damit gewinnt man immer Stimmen in Bolivien.

Morales siegte mit der Unterstützung der Linken, ehemaliger Sozialisten und einiger Intellektueller, der verarmten Mittelschicht, sowie der Bauern und anderer gesellschaftlichen Gruppen, die keinen besonderen Grund hatten, Quiroga zu wählen. Vor allem erhielt Morales die Unterstützung all derer, die der alten Politik überdrüssig waren. Viele wählten ihn nicht wegen seiner Ideen sondern aus Protest gegen die korrupten Altparteien; andere, weil sie die für demokratische Zeiten extrem schmutzige Wahlkampagne seines Gegenspielers abstieß. Doch auch zwei Gruppen aus der konservativen Mittelschicht, ohne eine besondere Vorliebe für sozial fortschrittliche oder demokratische Ideen, wählten die Partei *Movimiento al Socialismo* (MAS) von Morales. Eine davon nach dem Motto «Je schlimmer, desto besser» - der indigene Führer

sollte gewinnen, um zu beweisen, dass er zu einer effizienten Regierung unfähig ist. Die andere Gruppe war noch durch die sozialen Unruhen vom Oktober 2003 eingeschüchtert und wollte eine Pattsituation vermeiden, bzw. fürchtete sich vor einem knappen Sieg Quirogas. In ihren Augen bestand die Gefahr, dass Bürgerbewegungen den Präsidenten durch radikale Kundgebungen und die Drohung, einige Städte - insbesondere La Paz - einzunehmen, zur Amtsniederlage zwingen könnten.

So konzentrierten sich die Stimmen am Ende aus verschiedenen Gründen auf Morales. Das Wahlergebnis übertraf die Prognosen, die seinen Triumph mit etwa sechs Prozent Vorsprung vorausgesagt hatten. Morales erhielt 54% der

***Die absolute
Mehrheit der
MAS ist
Zeichen für eine
demokratische
Revolution in
Bolivien***

Stimmen, Quiroga erzielte dagegen nur magere 28%. Die absolute Mehrheit der MAS ist Zeichen für eine demokratische Revolution in Bolivien. Diese geht zum einen auf eine lange Tradition von Umwälzungen in der Geschichte des Landes zurück, zum anderen ist sie das Ergebnis einer bereits zwei Jahrzehnte andauernden Entwicklung zur repräsentativen Demokratie. Bei den Wahlen des Jahres 2005 hat sich das bolivianische Volk gegen die alte Politik und für eine politisch-moralische Wende ausgesprochen. D.h. es werden umfassende Bürgerrechte gefordert, die sich nicht auf politische Mitbestimmung beschränken, sondern wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte für alle bedeuten.

Es handelt sich dabei um ein weises Votum und ein eindeutiges Mandat, das beweist, dass aus der Erfahrung der vorhergegangenen Koalitionsregierungen gelernt wurde. Bei den beiden letzten Wahlen (1997 und 2002) hatten die Wahlsieger, Hugo Banzer bzw. Gonzalo Sánchez de Lozada, jeweils nicht einmal ein Viertel der Stimmen erzielt. Die Regierungen gingen daher aus parlamentarischen Verhandlungen hervor und wurden zu ausgesprochenen Vettern- und Pfründewirtschaften, bei denen die verschiedenen Parteien die öffentlichen Geldtöpfe unter sich aufteilten. Auch wenn die MAS bei der Präsidentschaftswahl einen eindeutigen Triumph erzielte, gelang ihr das bei der Wahl der mit Gouverneuren zu vergleichenden Präfekte nicht. In vielen Departments (La Paz, Cochabamba, Tarija, Santa Cruz, Beni, Pando) setzten sich Kandidaten anderer politischer Parteien durch, die als bessere Option für die regionale Entwicklung betrachtet wurden². Die Bevölkerung verstand es also, ihre

2. Zum ersten Mal wurden die neun Präfekte direkt gewählt. Davor wurden sie vom Präsidenten ernannt.

Stimmen zu splitten, obwohl Präsident und Präfekte erstmals im gleichen Wahlgang gewählt wurden.

Der Wahlsieg der MAS im internationalen Kontext

Morales' Wahlsieg ist kein rein innenpolitisches Phänomen. Er ist ebenso Ausdruck von politischen Veränderungen in Südamerika. Obwohl zur Zeit politische Demokratie herrscht, nimmt die Bevölkerung auch wahr, dass die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in den letzten beiden Jahrzehnten zugenommen hat. Daraus resultierte eine Mitte-Links-Wende: Die Lateinamerikaner setzen auf andere Wege bzw. Vorstellungen, die auf einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung bestehen und die orthodoxen makroökonomischen Ansätze verwerfen, die zwar wirtschaftliche Stabilität brachten, aber keine soziale Gleichheit. In vielen Ländern waren letztere nicht einmal in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung voran zu treiben. Deshalb gewann Luiz Inácio Lula da Silva die Präsidentschaft in Brasilien, Tabaré Vázquez in Uruguay, Néstor Kirchner in Argentinien, Michelle Bachelet in Chile. Aus dem gleichen Grund hat Manuel López Obrador gute Chancen in Mexiko und regiert Hugo Chávez in Venezuela, wobei in diesem Fall andere Faktoren hinzu kommen.

***Morales'
Wahlsieg ist
Ausdruck von
politischen
Veränderungen
in Südamerika***

Dieser Prozess wird von wirtschaftlicher und kultureller Globalisierung und Internationalisierung, aber auch von der «Globalisierung der Globalisierungskritik» begleitet. Als Bestandteil dieser «anderen Globalisierung» sind neue antikapitalistische Bewegungen, soziale Gruppen und Bewegungen gegen die Globalisierung, sowie Organisationen gegen die Freihandelsabkommen mit den USA entstanden. Daraus hat sich eine globale Dynamik der NRO entwickelt. Viele davon kritisieren Globalisierung, Neoliberalismus, Kapitalismus und die politischen Parteien, manche sogar jedes politische System schlechthin. In diesem Zusammenhang erhalten auch die internationalen Bewegungen zur Verteidigung indigener Völker neuen Auftrieb.

Neben den Organisationen der Zivilgesellschaft sind inzwischen auch auch viele internationale Organisationen³ bestürzt über die von den Strukturanpassungen

3. Die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und sogar die Organisation Amerikanischer Staaten haben in den letzten Jahren Dokumente verbreitet, in denen sie sich stark beunruhigt über die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit zeigen.

hervorgerufene bzw. vertiefte wirtschaftliche und soziale Ungleichheit. Sie haben begonnen, Beziehungen zu einigen dieser Bewegungen aufzubauen und versuchen, mit ihnen über soziale Gleichheit, Exklusion und Rechte der indigenen Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Generell haben sie versucht, Empowerment-Prozesse bei den am stärksten benachteiligten Gesellschaftsgruppen in Gang zu setzen, insbesondere bei der indigenen Bevölkerung. Dabei haben die internationalen Organisationen ihre Wahrnehmung der Zivilgesellschaft auf die NRO reduziert. Während sie deren Arbeit unterstützen, nehmen sie die sozialen Bedürfnisse über diese vermittelt wahr und werden auch ideologisch von ihnen beeinflusst.

In diesem Kontext ist die Beteiligung an den Weltsozialforen (die zu einer Mode in der Linken geworden sind) bemerkenswert. Dort werden Ideen diskutiert und Antiglobalisierungs-Utopien entwickelt, und es kommt die hier angesprochene «andere Globalisierung» zum Ausdruck. Die Weltsozialforen bieten außerdem Gelegenheit zur Begegnung, zum Ideenaustausch und steigern die Medienpräsenz der zu den G 7-Gipfeln parallel verlaufenden Foren. Aus diesen Bewegungen sind neue Führungspersönlichkeiten hervorgegangen bzw. bereits vorhandene gestärkt worden, sei es durch die Schaffung von Netzwerken, sei es durch finanzielle Unterstützung oder Logistik für Workshops und Seminare zur Verbreitung der Globalisierungskritik. Die globalen Bewegungen und NRO unterstützen und fördern so die gesellschaftlichen Leitfiguren, die ihre globalisierungskritischen Vorstellungen teilen. So gesehen steht Evo Morales nicht nur für die Kokabauern und die sozialen und indigenen Bewegungen Boliviens, sondern ist weltweit zu einer Leitfigur der Antiglobalisierungsidee geworden.

Es ist dieser Evo Morales, der mit seinem politischen Gespür, sowie der Unterstützung und Solidarität dieser Bewegungen die MAS zum Sieg geführt hat. Die Antiglobalisierungsbewegungen, die NRO und sogar ihre Kooperationspartner sind daher heute begeistert, dass einer aus ihren Reihen es bis zur Präsidentschaft geschafft hat - für sie der authentischste Vertreter der von der Gesellschaft Ausgeschlossenen. Viele träumen bereits davon, diesen Erfolg in anderen Teilen Lateinamerikas zu wiederholen.

Die Aussichten für die Regierbarkeit

In den letzten zwei Jahrzehnten konnte kein Kandidat eine Wahl mit absoluter Mehrheit gewinnen. Morales' Triumph beendet damit ein Kapitel in der politischen

Geschichte Boliviens, das von einer paktierten Demokratie geprägt war und von Koalitionsvereinbarungen zur Bildung parlamentarischer Mehrheiten. Damit kann die Regierbarkeit aus einer neuen Perspektive betrachtet werden. Das Wahlergebnis verschafft der neuen Regierung die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus (72 von 130 Sitzen), sie ist jedoch im Senat mit nur 12 von 27 Sitzen in der Minderheit. Die deutliche Abgeordnetenmehrheit, sowie der enorme Wahlerfolg und die hohe soziale Legitimität relativieren die Senatsminderheit und lassen keine größeren Hindernisse für die zukünftige Regierung erwarten. Für die Regierbarkeit, insofern darunter eine parlamentarische Mehrheit verstanden wird, sind somit keine Probleme abzusehen⁴. Bei bedeutenden Reformen, die zwei Drittel der Stimmen im Parlament benötigen, wird Morales aber in jedem Fall mit der Opposition zusammenarbeiten müssen.

Die Gruppierung Podemos, zweitstärkste Kraft bei den Wahlergebnissen und im Parlament, ist noch keine Partei und zudem hochgradig zersplittert. Ihre Einheit ist damit nicht gesichert und ihre Zukunft ungewiss. Die Parlamentsfraktion besteht in erster Linie aus Politikern, deren Image verblichen ist und denen es an Legitimität fehlt. Der Vorsitzende des Bündnisses, Jorge Quiroga, wird große Schwierigkeiten haben, zu einem wahren Oppositionsführer zu werden. Seine deutliche Wahlniederlage versetzt ihn in eine ungünstige Ausgangsposition, vor allem deshalb, weil er als Teil der Vergangenheit und nicht als Symbol des Wandels angesehen wird. Die bolivianische Unternehmerschaft, besonders aus dem Osten, sowie internationale Firmen hatten große Erwartungen in seine Kandidatur gesetzt. Andererseits haben sie die Notwendigkeit einer direkten Verbindung zu Evo Morales erkannt. Dazu haben sich die ausländischen Firmen an ihre Regierungen gewandt, z.B. in Spanien oder Brasilien, um dem neuen Präsidenten zu übermitteln, dass sie mit seiner Regierung kooperieren wollen, dafür aber eindeutige Garantien in Bezug auf Rechtssicherheit und die bereits unternommenen Investitionen verlangen. Mehrere europäische Länder haben zudem eine klare Stellungnahme zum Koka-Handel gefordert.

*Die bolivianische
Unternehmerschaft
hat die
Notwendigkeit
einer direkten
Verbindung zu Evo
Morales erkannt*

Das Wahlergebnis vom Dezember hat gezeigt, dass es zwar politische Unterschiede zwischen den Regionen gibt - der Osten entschied sich mehrheitlich

4. Podemos verfügt über 13 Senatoren, die MAS über 12, *Unidad Nacional* und MNR stellen jeweils einen Senator.

für Morales, der Westen, wenn auch nicht überwältigend, gab Jorge Quiroga den Vorzug -, aber nicht in der zunächst angenommenen Größenordnung. So gesehen, tritt der regionale Aspekt in den Hintergrund und es wurde offensichtlich, dass gemeinsame Vorstellungen überwiegen. Auf jeden Fall wird der neue Präsident einen guten Teil seiner Maßnahmen mit den Regionen absprechen müssen, damit eine tragfähige Politik für ganz Bolivien möglich wird. Zum Beispiel wird ohne einen ständigen Dialog keine Landverteilungspolitik möglich sein. Auch was die Öl- und Gasindustrie betrifft, wird der Präsident keine Entscheidungen treffen können, ohne die Regionalregierung in Tarija zu konsultieren.

Dadurch, dass auch die Präfekte jetzt direkt gewählt werden, ergibt sich eine Tendenz zur politischen Dezentralisierung. Die Regierbarkeit kann also nicht ausschließlich unter parteipolitischen Aspekten betrachtet werden; es ist auch zu berücksichtigen, was in den Regionen geschieht. Von neun Regionalregierungen stellt die MAS nur drei und muss sich daher mit den anderen absprechen, bzw. mit ihnen verhandeln. Gleichzeitig müssen die Regionen wegen der hohen Legitimität des neuen Präsidenten einen ständigen Dialog mit der Zentralregierung führen. Schon in der Vergangenheit war dies ein entscheidendes Thema, vor allem im Fall der Beziehung zu Santa Cruz: Die dortige Elite verhielt sich bisher so, als sei sie allein die Trägerin der Ideale und Utopien der Region. Das Wahlergebnis stellt dies jedoch in Zweifel: Podemos erhielt in Santa Cruz 42% und die MAS 33% der Stimmen. Dies macht den Dialog mit der Zentralregierung erforderlich, der durch ein Treffen von Morales mit der Führungsschicht von Santa Cruz bereits seinen Anfang genommen hat.

***Eines der größten
 Probleme von
 Morales resultiert
 paradoxerweise
 gerade aus seinem
 überwältigenden
 Wahlsieg***

Eines der größten Probleme von Morales resultiert paradoxerweise gerade aus seinem überwältigenden Wahlsieg, nämlich die übertriebenen Erwartungen. Gerade die Menschen aus den einkommensschwächeren Schichten hoffen, dass die neue Regierung im Handumdrehen alle ihre Probleme lösen wird. So verlangen bereits einige Gewerkschaften Verbesserungen im Gesundheits-

wesen und im Bildungswesen, wo von den Lehrern ein nicht finanzierbares Mindestgehalt gefordert wird. Die Pensionäre erwarten die Revidierung des Rentengesetzes, die Arbeitslosen beanspruchen die Leitung des Ministerium für Nachhaltige Entwicklung für sich, und der von einem Bauernführer der MAS geleitete Gewerkschaftsbund der Landarbeiter (*Confederación*

Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia, CSUTCB) forderte gleich fünf Ministerien.

Gleichzeitig üben einige linke Gruppen mit überkommenen Vorstellungen Druck aus, um radikale Maßnahmen durchzusetzen. Sollte Morales in die Falle tappen und allen gesellschaftlichen Gruppen nachgeben oder die Macht nach korporativen Kriterien teilen, könnte sich die selbe Situation ergeben, die er an vorigen Regierungen kritisiert hat. Die Legitimität einer Regierung ist keine feste Größe und lässt sich nur durch eine effiziente staatliche Politik erneuern. Die Machtverteilung nach korporativem Muster ist dafür keine gute Strategie. Eine leistungsfähige Regierung erfordert Sachkenntnis bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Dafür muss auf die besten im Land vorhandenen Fachleute zurückgegriffen werden und man darf nicht dem Irrtum verfallen, die Regierungsaufgaben der Partei- oder Gewerkschaftsklientel anzuvertrauen. Die Regierung sollte Fehler dieser Art vermeiden, um ihre Legitimität nicht frühzeitig einzubüßen. Das Übermaß an Erwartungen kann von einer leistungsfähigen Regierung unter Kontrolle gehalten werden, indem sie vorschnelle, populistische Reaktionen auf die gesellschaftlichen Forderungen vermeidet und eine optimale, von Vernunft und Einfühlungsvermögen geleitete Politik umsetzt.

Die historischen Erfahrungen der Regierungen der *Unidad Democrática y Popular* von 1982 bis 1985⁵ und von Carlos Mesa bergen Lektionen, die es zu lernen gilt. Da sich die klassischen Probleme der Regierbarkeit nicht stellen, liegt die Gefahr ausschließlich in Irrtümern bei der Entscheidungsfindung. Ansonsten tut sich eine Zukunft voller Chancen und Hoffnungen auf – unter anderem auf jene Stabilität, die Bolivien in den letzten fünf Jahren vermisst hat.

5. In der linksgerichteten Regierung der UDP (1982-1985) erfolgte die Kabinettsbildung nicht auf Grund fachlicher Eignung, sondern auf Grund der Parteizugehörigkeit. Das Ergebnis war eine Inflation von 22 000 %.